

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 46. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Sonntag, 27. Januar 1907.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Schriftleitung: Dr. Walter Ebelwein in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Dellauerstraße 14. Telefon-Amt VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziefels in Halle a. S.

Die Reichstagswahlen.

Das Volksgesicht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die erste Entscheidung ist gefallen: das Volksgesicht, von dem der „Vorwärts“ sprach, hat gegen die Sozialdemokratie entschieden. Die Deutschen haben bewiesen, daß sie sich ihre nationale Ehre, die Entwicklung ihrer nationalen Macht, die Zukunft des Reiches nicht verkümmern lassen. Der Vorn, als ob das Vorwärtsstreben der Sozialdemokratie unaufhaltsam sei, ist endlich gebrochen!

Industriezentren, die als sichere Stütze der Sozialdemokratie galten, sind im ersten Ansturm von den nationalen Parteien genommen, alle preussische Städte, wie Breslau und Königsberg, ehrenrührend durch die große Tradition der preussischen Monarchie, sind der nationalen Sache zurückerboren worden.

Der Erfolg der Hauptwahl rufte zur verdoppelten Arbeit bei den Stichwahlen. Es gilt, nach innen und außen zu beweisen, daß das deutsche Volk, wenn nationale Fragen auf dem Spiele stehen, alles niederretzt, was der Nation im Wege steht, daß es nicht die geringste Schwächung seiner nationalen Kraft duldet, auch wenn es sich um eine afrikanische Kolonie und ein paar tausend Mann mehr oder weniger handelt.

Die Stichwahlen müssen vollenden, was die Hauptwahlen begonnen haben. Das leuchtende Beispiel, das Breslau, Königsberg, Leipzig, Gotha, Halle gegeben, werden andere Wahlkreise in den Stichwahlen nachahmen müssen. Was in Breslau möglich war, wird in Slettin, Frankfurt a. M., München, Karlsruhe usw. nicht unmöglich sein.

Wenn der letzte national denkende Mann in der Stichwahl an die Urne kommt, dann erst wird das Ziel der Wahl erreicht, die Förderung des Tages, von der Fürst Bülow sprach, erfüllt: ein Reichstag, dessen Mehrheit in allen großen Fragen der Nation ihre Pflicht tut!

Die Niederlage der Sozialdemokratie.

Unter diesem Titel schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ am Sonnabend abend: Das Ergebnis des gestrigen Hauptwahltages ist bezeichnet durch eine durch keinerlei Fäulungskünste fortzuleugnende Niederlage der Sozialdemokratie. Der nationale, der koloniale, der weltpolitische Gedanke im deutschen Volke hat einen glänzenden ersten Sieg errufen über die vaterlandslosen Weltungen einer Partei, der je mehr und mehr alle politischen Ideale verloren gegangen sind. Der Hoffimismus ist verdrängt, der sich so lange infolge uneraußerlicher parlamentarischer Verhältnisse wie ein großer Nebel über Reich und Volk gelagert hatte. Das frisch pulierende Leben des Wahlfampfes hat in unangenehmer Weise neue Kräfte im Volke erweckt. Man darf hoffen, daß die Sozialdemokratie mindestens auf den Stand von 1898 zurückgeworfen und der „Friede auf der Erde“ von 1908 endgültig getilgt wird. Erste Niederlagen hat die Partei schon erlitten, am Stichwahltag aber steht ihr ein besonders schweres Traumen bevor, durch das sie fallen wird, wenn das Bürgertum sich der Fiktion der Solidarität den gemeinsamen Gegner gegenüber bewußt wird. Das deutsche Volk hat gezeigt, daß es die Baume der Sozialdemokratie nicht will in den Himmel wachsen lassen, und die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie dem Herzen des Volkes nichts zu bieten hat. Mit Äthralen, Verdrückungen, allenfalls Verdrückungen, kurz, mit purer negativer, destruktiver Demagogie ohne positive Ziele wird ein zoff nicht fast. Das Volk hat geteilt, aber nicht, wie die roten Umflüsterer es vermeinten, über die Regierung und die nationalen Parteien, sondern über sie selber. Eine starke nationale Politik — das ist die Parole, die das deutsche Volk selber am gestrigen Tage für die künftigen parlamentarischen Verhandlungen ausgegeben hat.

Die Niederlage der Sozialdemokratie wird am schlagendsten dadurch charakterisiert, daß sie gestern nicht weniger als sechs oder vielleicht gar achtzehn Sitze auf Anhieb verloren und nur einen einzigen, in Wülhausen i. E., gewonnen hat. Eine ganze Reihe von Hochburgen, in denen infolge der zunehmenden Konzentration großer Arbeitermassen die Ausschüsse des Bürgertums immer hoffnungsloser zu schwinden schienen, sind der Sozialdemokratie verloren gegangen. Hierzu gehören große Städte und Industriezentren wie Königsberg, Breslau, Leipzig, Halle, Magdeburg, Göttingen, Eslingen u. s. f. Im Königreich Sachsen, das im Jahre 1903 fast ausschließlich verloren gewährt hatte, ist ein höchst erfreulicher Ueberwindung zugunsten der bürgerlichen Parteien eingetreten. Den Konterpartien ist es gelungen, den Antikommunisten und den Nationalliberalen je zwei Sitze abzunehmen, so daß die konservative Partei noch vorläufiger Ueberläufer sechs Gewinne ohne einen Verlust zu verzeichnen hat. Verflücht wird der Eindruck einer entscheidenden Niederlage der Sozialdemo-

kratie durch den Rückgang bzw. Stillstand ihrer Stimmenzahl, der vielfach, z. B. in Berlin, auch da zu verzeichnen ist, wo diese Partei noch den Sieg errang, und durch das hocherfreuliche, an vielen Orten gradezu über-trochene mächtige Anwachsen der bürgerlichen Stimmen. Dadurch besonders erhält die gestrige Wahl den Charakter einer außerordentlich breiten Demonstration des Bürgertums gegen das übermüthige, triebliche Gebahren der Sozialdemokratie. In Berlin ist die Situation äußerlich zwar dieselbe geblieben, fünf Wahlkreise sind der Sozialdemokratie wie 1903 im ersten Wahlgange zu gefallen, der erste wird jedoch von den freiwähligen Wählern in einer für die Sozialdemokratie ausichtslosen Stichwahl behauptet werden. Aber das Verhältnis der Stimmen zeigt deutlich, daß die Sozialdemokratie in Berlin ihren Höhepunkt bereits überschritten hat, und daß es möglich ist, sie auch in einigen weiteren Berliner Wahlkreisen zurückzudrängen. Das kennzeichnende Merkmal der Berliner Wahlen ist, abgesehen von den Kreisen 4 und 6, in denen die Arbeiterbevölkerung reichlich angewachsen ist, der Rückgang der Sozialdemokratie. So beweisen die Erscheinungen der gestrigen Wahl, soweit sie sich schon deutlicher herausheben, daß die Wiltläufer der Sozialdemokratie sich zu großen Teil auf sich selbst besonnen und enttäuscht von der Sozialdemokratie abgemandt haben. Der dringende Appell an die Wahlberechtigten ferner ist nicht nur so verhallt, die Wahlbeteiligung hat sich teilweise enorm gesteigert, die nationale Wahlparole hat auch die feineren Rauen und Indifferenten aufgerufen, und das Mehrheitswort hat der Erwartung Recht gegeben, daß diese Reverbarmen weder zur Sozialdemokratie noch zum Zentrum zu rechnen ist. Rückblickend finden wir die Auflösung des Dreimittels von 1903 nicht ihrer eigenen Kraft, sondern irreführenden Zusinken eines Wiltläufertums zu verdanken hatte, das sich nimmer von der Sozialdemokratie infolge der von ihr bewiesenen politischen Unfähigkeit und Unfruchtbarkeit ihres Verlangens in allen praktischen Fragen wieder abgemandt hat.

Wichtig aber ist, daß dieser Rückgang an Mandaten und Stimmen diejenige Partei erlitten hat, die mehr als jede andere auf den Erfolg als jugendliches Element der Agitation und Propaganda angewiesen ist. Die Ziele der Sozialdemokratie sind so ungeschwerlich, daß ihre Erreichung, wenn sie, nur durch eine unwiderstehliche Massenbewegung möglich erscheint. Nicht umsonst übte sich die sozialdemokratische Presse jahrelang in der Sprache des Größenwahns und hochmüthiger Verachtung der einen reaktionären Masse, der verrotteten Bourgeoisie, immer größeren Massen folgte der Glaube an den unaufhaltsamen Stegeszug der sozialdemokratischen Ideen als automatisches Ergebnis der historischen Entwicklung eingepflegt werden. Dieser Glaube an die Unüberwindlichkeit der Sozialdemokratie ist nun jedenfalls ins Stoden geraten.

Der Kaiser und die Reichstagswahlen.

Dem Kaiser konnten gestern bereits die ersten Wahlkreise vorgelegt werden. In früher Morgenstunde des Sonnabend fuhr der Kaiser beim Kanale vor und konterierte mit ihm längere Zeit. Im Laufe des Vormittags begab er sich abermals zum Fürsten Bülow, dessen Palais er erit gegen Mittag, anscheinend in bester Laune, verließ.

Graf Valkstem beim Kaiser.

Wie der „Oberhalb. Wanderer“ meldet, erhielt der fränkische Reichstagspräsident Graf Valkstem eine telegraphische Aufforderung, am 28. Januar zu Audienz beim Kaiser zu erscheinen.

Die Rundgebungen vor dem Reichstanzlerpalais, von denen wir bereits gestern berichteten, setzten sich bis zum königlichen Schlosse fort. Die Menge zog unter patriotischen Gefühlen die Linden entlang und hielt sich vor dem Kronprinzlichen Palais auf, wo der Kronprinz und die Kronprinzessin am Fenster erschienen. Sobald zog die Menge vor das Schloß. Erst nach längerer Zeit zerstreute sich die Menge auf dem Hof des Schlosse.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt gestern abend: In der verwichenen Nacht ließ sich der bedeutendste Zwischenfall ereignen haben, daß eine Zahl von Wählern, die vor dem Palais des Kronprinzen ihre patriotischen Freude über den Sieg ihres nationalen Gebankens bei den Hauptwahlen Ausdruck geben wollten, von der Polizei angeblich mit blanker Waffe und unter Vornahme von Verhaftungen in dem Augenblicke auseinander gebrannt wurden, als sie ein Lied anstimmen wollten. Wie wir hören, ist der Reichstanzler einig mit dem Minister des Innern in der Mißbilligung des Verhaltens der Polizei, wenn die behaupteten Zustände sich bewahrheiten sollten. Hierüber hat der Minister des Innern sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet.

Der König von Sachsen und die Reichstagswahlen.

Das Dresdener „Journal“ meldet: Seine Majestät der König hat an den Staatsminister des Innern folgende Depesche gefandt:

Staatsminister Grafen Jochensthal, Dresden.

Ich kann nicht umhin, Ihnen gegenüber meine aufrichtige Freude zum Ausdruck zu bringen über die hohe Genugthuung

ich über das Ergebnis des gestrigen Tages empfinde. Es lebt doch noch die alte Sachentreue. Öffentlich ist das eine gute Vorbildung für die Zukunft. Friedrich August.

Aus der Provinz.

Mansfelder See- und Gebirgskreis. In Raundorf war das Wahlergebnis: Dr. Arendt 29, Köpff 2, Trautwein 2 St. Wahlkreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt. In Drazenburg wurden Stimmen abgegeben für Heubauer (ntlib.) 83, Luden (Mittelstandspartei) 50, Rißch (Soz.) 31. Verden I und II. Es erhielten Rittergutsbes. v. BERN, tonf., 11 488, Lehrer Werten, fr. Sp., 8403, Stadtrathgeber Haupt, Soz., 8227 St. Stichwahl zwischen v. BERN, tonf., und Werten, fr. Sp. (Bisher Werten, fr. Sp.). Wittenberg. Es erhielten Gew. Schriftf. Silberföhrndt, Soz., 8814, Pader Niesberg, Mittelstandspartei, 8309, Schriftf. Schmidt, notlib., 3661, Schriftf. Erberger, Ztr., 520 St. Stichwahl zwischen Silberföhrndt, Soz., und Niesberg, Mittelstandspartei. (Bisher Schmidt, notlib.).

Aus dem Reich.

Braunschweig, Vlanenburg. Gewählt ist Kreisdirektor Rangelfeld, wirtsch. Vgg. (Bisher Wos, Soz.). Holz imden, Ganderseheim. Stichwahl zwischen Reichsamt v. Damm, Welfe, und Schriftf. Calver, Soz. (Bisher v. Damm, Welfe.). Goslar, Hellerfeld. Es erhielten Fabrikbes. Dorn, notlib., 6652, Amtsgerichtsrat Kalle, wirtsch. Vgg., 7076, Parteisekretär Weiner, Soz., 7711, Redakteur Weber, Welfe, 1112 Stimmen. Stichwahl zwischen Kalle, wirtsch. Vgg., und Weiner, Soz. (Bisher Dorn, notlib.). Vercnburg, Ballentien. Gewählt ist Kommissar Trautmann, notlib., mit 18 157 Stimmen. Es erhielt Generalsekretär Bender, Soz., 14 364 Stimmen. (Bisher Welfe, notlib.). Landkreis Leipzig. Gewählt ist Quarantänenfabrikant Geber, Soz., mit 46 833 Stimmen. Es erhielt Schriftf. Hilfinger, notlib., 33 597, Kaufmann Bär, fr. Sp., 644, Schriftf. Erberger, Ztr., 307 Stimmen. Die Zahl der nationalliberalen Wähler ist gegenüber 1903 um 10 000 Stimmen getiegen. (Bisher Geber, Soz.). Rint. Gewählt ist Stadtrat Janisch, Mittelstpl., mit 16 291 Stimmen. Demmin, Anklam. Gewählt ist Rittergutsbes. Graf Schöerich-Wolff, tonf., mit 3000 Stimmen Mehrheit. (Bisher Graf Schöerich-Wolff, tonf.). Helmstedt, Wolfenbüttel. Gewählt ist Rittergutsbes. v. Kaufmann, Natl.-Vgg., mit 600 Stimmen Mehrheit. (Bisher v. Kaufmann, Natl.-Vgg.).

Bei Redaktionschluss läuft noch folgendes Telegramm ein:

Berlin, 26. Jan. Bis 5 Uhr abends waren 384 Wahlresultate bekannt, 229 endgültige und 155 Stichwahlen. Gewählt wurden: Konervative 45, Reichspartei 11, Polen 18, Zentrum 78, Nationalliberale 20, Freiwählige Volkspartei 5, Freiwählige Arbeiterpartei 1, Sozialdemokraten 29, Mittelstandspartei einer, Dänen einer, Mittelliberale einer, Fraktionslose und Christl. 8, Reformpartei 3, Bund der Landwirte 2, Wirtschaftliche Vereinigung 4, Deutsche Volkspartei 2. Die Sozialdemokraten verloren 10 000 St. und gewannen einen, die Freiwählige Volkspartei verlor einen, gewann drei, die Reichspartei verlor zwei, gewann einen, die Konserativen verloren einen, gewonnen drei, die Nationalliberalen verloren sechs, gewonnen zehn, die Wirtschaftliche Vereinigung verlor vier, gewann einen, Bund der Landwirte gewann zwei, Mittelstandspartei gewann einen, Deutsche Volkspartei gewann einen, Mittelliberalen gewonnen einen, die Freiwählige Vereinigung verlor einen und die Fraktionslosen verloren einen Sit.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 27. Januar.

Vom Landtage.

Nachdem nun auch die Reichstagsstichwahlen, in die man jetzt eingetreten ist, vorüber sein werden, wird auch der preussische Landtag, und zwar zunächst das Abgeordnetenhaus, seine Beratungen aufnehmen. Zu den letzteren werden zunächst in erster Reihe die über den Staatshaushaltsetat für 1907 gehören. Von einzelnen Wählern ist die Vebauung aufgestellt, daß es nicht möglich sein werde, im preussischen Landtage den nachstehenden Etat bis zum 1. April zu verabschieden, und zwar weil für das Abgeordnetenhaus eine zu geringe Beratungszeit zur Verfügung stehen werde. Es ist sicher, daß einmal die Unterbrechung in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses, die durch die Reichstagswahlen notwendig geworden ist, die Beratungszeit stark gekürzt hat, es ist ferner nicht zu bestreiten, daß, da das Osterfest in diesem Jahre wenigstens mit einem Tage noch in den März fällt, auch hierdurch die zur Verfügung stehenden Beratungstage gemindert werden. Andererseits hat doch aber schon die erste Entscheidung gezeigt, daß man auch bei einiger Beschränkung der Erörterungen ganz gut zum Ziele gelangen kann. Dem Abgeordnetenhaus stehen etwa fünf Wochen für die Etatsberatung zur Verfügung. Werden sie voll ausgenutzt, so lassen sich während ihrer Dauer zweite und dritte Etatsleistungen um so eher erledigen, als vor der Budgetkommission

vorhergehendes Material in ausreichender Fülle vorgelegt werden würde. Also auf die Arbeit der Kommission wird diesmal das Bismarck nicht zu warten brauchen. Dazu kommt nun in Betracht, daß mit einer nicht rechtzeitigen Berücksichtigung des Etats, wie bekannt, die mannigfachen Schwierigkeiten verbunden sind. Namentlich in den Ausführungen der im Etat vorgesehenen Maßnahmen treten infolge dessen die unliebsamsten Verzögerungen ein. Unter Umständen können große Erwerbskreise in Mitteldeutschland gesogen werden, wenn der Etat nicht rechtzeitig fertig wird. Vom staats- und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus würde also die Erledigung vor dem 1. April dringender anraten sein. Schließlich kommt noch in Betracht, daß der neue Reichstag am Reichstag für 1907 ganz sicher nicht im Herbst erledigt werden wird. Hier also wird schon mit einem Vorbeuge geredet, und es werden hier alle unliebsamen Konsequenzen daraus gezogen werden müssen. Es würden geradezu Kolossalitäten entstehen können, wenn die Schwierigkeiten im Reich auch in Breiten ähnliche und bei den Bauausführungen noch umfassender eintreten würden. Dem preussischen Landtage ist deshalb dringend zu raten, ebenso wie in früheren Jahren auch diesmal den Etat rechtzeitig zustande zu bringen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Die Überfahrt der Regierungsentwicklungen auf Beschluß des Herrenhauses aus der 20. Legislaturperiode ist dem Herrenhause zugegangen. Wir entnehmen der Überfahrt folgendes:

Es wird beschloffen, neue einseitige Bestimmungen über das Patentschutzgesetz in Form eines Gesetzes (des Schornsteinfegerprivilegs) zu erlassen. Der hierfür aufgestellte Entwurf ist den Regierungspräsidenten zur Ausrückung zugegangen. Auf die Petition um Vereinfachung des Staatsmitteln zur Aufhebung der Beiträge der evangelischen Kirchen in Preußen zu den Ausgaben für die öffentlichen Arbeiten antwortete die Regierung: Die Frage der Aufhebung der Beiträge zu den Ausgaben für öffentliche Arbeiten ist im Zusammenhang mit den einzelnen Landesbüros verschiedentlich Kommissionen nicht gelöst worden. Diese Umgestaltung wird auf einer für alle Landesbüros einheitlichen Grundlage erfolgen und gehört zur Zuständigkeit der Landesbüros, die sich auch über die Voraussetzungen der Aufhebung der Beiträge schlichtig zu machen haben werden, die Anträge auf Genehmigung staatlicher Beihilfen gestellt werden können. Betreffs der Petition des Vereins inhaftlicher Eisenbahner, eine jährliche Beihilfe von 1000 Mark für Entlastung einer unzulässigen Zählung zu gewähren, wurde folgende Bescheid gegeben: Nach möglichster eingehender Prüfung der Verhältnisse erschien es nicht zweckmäßig, eine Beihilfe zu gewähren, weil die Verhältnisse des Vereins über das momentane Maß hinausgehen. Im übrigen wird die Möglichkeit unter den Eisenbahnenmitgliedern in jeder Weise gefördert, auch werden die hierfür gerichteten Vereinsbeiträge nach Möglichkeit unterstützt.

Im übrigen sind die eingeleiteten Erörterungen noch nicht abgeschlossen; die Frage einer anderweitigen Regelung der Verhältnisse der staatlichen Bureauhilfsbeamten bei den Landratsämtern bildet den Gegenstand der Erörterung zwischen den beteiligten Ministerien.

Heimatlose gegen Heimatpolitik.

Das Zentralorgan der internationalen „Vaterlands- oder Heimatlosen Gesellschaften“ vertritt die „Anerkennung der Heimatpolitik“ sehr „pouffierte“ Probe vom Standpunkt der nationalen Arbeit, die gerühmte Heimatpolitik zu diskreditieren. Es sammelt zu diesem Zweck alle Berichte von Handelskammern und von Berliner Zeitungen der Kaufmannschaft, die über Erörterung des Exports infolge erhöhter Auslandszölle klagen, und die davon sprechen, daß dieserhalb die Errichtung von Zöllen oder Zweigabstimmungen irgend einer deutschen Fabrik im Auslande geplant werde.

Demgegenüber möchten wir zunächst auf den auffallenden Widerspruch hinweisen, in den sich der „Vormarsch“ damit vermindert, daß er so darzustellen vertritt, als ob die deutschen Exporteure überdies sich jede ausländische Zollserhöhung zu tragen hätten und dadurch schwer betroffen würden, während daselbe Blatt doch immer behauptet, daß die deutschen Zollserhöhungen resp. die Zölle überhaupt den inländischen Konsumenten bei Heller und Feiniger zu Lasten fallen. Dieser Widerspruch ist um so auffällender, als es sich bei unserem Export nach Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien ganz überwiegend um solche Waren handelt, die in jenen Ländern gar nicht oder wenigstens nur in sehr viel geringerer Qualität hergestellt werden können, während unsere Einfuhr zum bei weitem größten Teil aus solchen Artikeln besteht, bei denen der allergrößte Teil des Bedarfs oder auch der ganze Bedarf durch die Inlandsproduktion gedeckt wird oder gedeckt werden kann. Da sollte man doch annehmen, daß unsere inländischen Verbraucher es sehr viel weniger nötig hätten, die Zollbelastung auf sich zu nehmen wie die ausländischen Verbraucher deutscher Fabrikate.

Es ist aber weiter eine schon oft als durchaus unzutreffend, ja geradezu schändlich charakterisierte Darstellung, als ob unsere deutschen Zölle zur Ursache der Zollserhöhung im Auslande geworden wären. Rußland besonders hat viel früher als wir hohe Zölle erhoben, deren Höhe sich viel weniger nach dem Schutzbedürfnis der inländischen Industrie als nach dem Geldbedarf des Staates richtete. (Man denke an die Zollserhöhung während des japanischen Krieges.) Nennlich liegen die Verhältnisse in Italien. Oesterreich würde keine Zölle ebenfalls auf ohne das von Deutschland gegebene Beispiel erhört haben, so weit ihm das im Interesse seiner eigenen Produktion geboten erschien, eben weil es im Interesse derselben auch Heimatpolitik treibt. Wie kann man da im Ernst behaupten wollen, daß alle Zollserhöhungen jener Staaten nur als Repressalien gegen die deutsche Zollpolitik anzusehen seien, während doch ganz dieselben Zölle auch gegenüber der Einfuhr aus den englischen Freihandelsstaaten in Kraft getreten sind?

England auf der einen, Deutschland und die Vereinigten Staaten auf der anderen Seite sind ja gerade klassische Beispiele dafür, daß die Schutzpolitik eines Landes weit davon entfernt ist, die Ausdehnung seines Exports zu hindern. Hat nicht der Anteil der Schutzvollstaaten Amerika und Deutschland am Weltmarkt, an der Versorgung des Weltmarktes mit Waren aller Art einen ganz gewaltigen Aufschwung genommen, während derjenige des englischen Freihandels-

staates in den letzten Jahrzehnten relativ bedeutend zurückgegangen ist? Und das ist gerade trotz der überaus günstigen Lage Englands, trotz seiner so weit überlegenen Handelsflotte und seiner unermesslichen Kolonialgebiete. Wenn die Industrie dieser beiden Schutzvollstaaten der früher fast allmächtigen englischen so gefährliche Konkurrenz machen konnte, so verdankt sie ihre Kraft hierzu zum größten Teile gerade ihren Schutzzöllen, der haben wieder die betriebenen Heimatpolitik. Nur weil die deutsche — (ebenso die amerikanische) Großindustrie auf der zollgeschützten inländischen Markt reicheren und gesicherteren Absatz zu guten Preisen findet, kann sie ihre englischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt durch Preisunterbietung verdrängen.

Sogar in den eigenen englischen Kolonien machte sich dieses Verdrängen der auf ihre Heimatpolitik gegründeten deutschen Industrie so bemerkbar, daß man dort eine differenzielle Zollbehandlung zugunsten der Industrie des Mutterlandes zu Hilfe nehmen mußte. Nur derlangend aber die englischen Kolonien eine entsprechende Gegenleistung für ihre Ausfuhr nach dort, und diese kann ihnen ihre Freihandels-Mutter nicht bieten. In gleich günstiger Lage befindet sich ein solcher Freihandelsstaat aber auch anderen fremden Ländern gegenüber, und da wollen unsere sozialdemokratischen Heimatlosen noch behaupten, Deutschlands Industrieexport würde geringere Zollstrafen drängen zu überwinden haben, wenn wir die Heimatpolitik verlassen, uns durch Aufhebung unserer Schutzzölle ebenfalls unfähig gemacht hätten. Zollerleichterungen durch gleiche Kompensationen zu verweigern? Unser gelamte Industrie erkrant für eine beliebige günstigen Abhängigkeit, sie arbeitet mit allen Kräften und zwar wie erst kürzlich von ihr anerkannt ist, in erster Linie an der Befriedigung des wachsenden inländischen Bedarfs; und bei dieser Gesichtspunkte kommt das Organ unserer Heimatlosen, der vaterlandlosen Genossen, und den Leuten einreden, unter deutsche Schutzvoll- oder Heimatpolitik treibe die Industrie und damit die Arbeitsgelegenheit aus dem Lande?

Wenn wirklich hier und da ein industrieller Großbetrieb eine Zweigabstimmung im Auslande errichten will, so ist das im Vergleich zu der großartigen inländischen Produktionssteigerung ganz bedeutungslos. Die Veranlassung hierzu wird außerdem wohl sehr viel häufiger in dem Verbrechen liegen, im Auslande der die Arbeiter verbeizenden und sie zu fortgesetzter erhöhten Ansprüchen aufstachelnden sozialdemokratischen Agitation, als der erhöhten Zollbelastung beim Auslands-Export zu entspringen.

Kürzlich Gäste in Berlin. Sonnabend mittig gegen 1 Uhr trafen auf dem Bahnhofe in Berlin der König von Sachsen und Prinz und Prinzessin Johann Georg von Sachsen mit Gefolge ein und wurden vom Kronprinzen empfangen. Der Kronprinz geleitete den Hofstaat im Automobil nach dem Schlosse. Der Prinz und die Prinzessin fuhren im Galawagen. Der König wurde vom Kaiser im Schlosse im Vestibül empfangen und in seine Wohnung, die polnischen Kammern, geleitet, während der Prinz in der Prinzessin Wilhelmischen Wohnung Quartier bezog. Sonntags vormittig trafen auch der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg und Gotha mit Gefolge in Berlin ein und nahmen im Königl. Schlosse Wohnung. Der König von Sachsen besuchte vormittags den Kronprinzen, den Reichstagspräsidenten Wilam, den Kriegsminister von Sinnen, den Reichsminister von Sinnen, den Chef des Reichskabinetts Grafen Döllner-Säcker und den sächsischen Gesandten. Auch Prinz und Prinzessin Johann Georg machten Besuche bei den Fürstlichen Gästen und dem sächsischen Gesandten.

Ans Deutsch-Südwestafrika zurück. Der Dampfer „Adolph Woermann“ ist von Deutsch-Südwestafrika mit 250 Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften Freitag abend in Ruxhafen eingetroffen.

Die sozialdemokratische Brüderlichkeit.

Die Hamburger Nachrichten erhalten von einem dortigen Sozialisten folgenden Brief:

Geehrte Redaktion! In der Annahme, daß Sie vielleicht für folgende Mitteilung Verwendung haben, erlaube ich mir, Ihnen folgenden Sachverhalt zu unterbreiten. Ich glaube, es wird keine unbillige Illustation zu dem sozialdemokratischen Feldgeschrei Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, sowie für den Zustand der Berzen „Genossen“ geben.

Auf meine Vernehmung wurde ich am 11. Januar d. J. bei der Firma J. W. Altona als Tischler angestellt, sogar gern angestellt, da ich bereits früher dort gearbeitet hatte. Jedoch wurde mir am Abend desselben Tages vom Werkmeister mitgeteilt, daß er zu seinem Bedauern feststellen mußte, daß ich ein Arbeiter auslassen zu müssen. Auf mein Verlangen erklärte er mir dann, daß dies auf den Wunsch (Wesche) meiner Arbeitskollegen gesehehe müßte, da sie dem Chef erklärt hätten, daß sie sofort die Arbeit niederlegen würden, sofern er mich nicht sofort entlasse. — Sie werden fragen, weshalb wohl die Berzen derartig gegen mich eingemurmelt sind? — Ich habe es bis heute abgelehnt, dem Holzarbeiterverbande beizutreten. Und dann, so dann habe ich mir im vergangenen Jahre am 17. Januar erlaubt, entgegen dem Befehle der Berzen „Genossen“ zu arbeiten. Ich bestimme demnach die Firma J. W. Altona... in Arbeit. Wir waren zufällig viele Personen, die es vorzogen, sich nicht an den Straßen demonstrationen zu beteiligen, hatten ja dort auch absolut nichts zu suchen, da wir gar nicht die Staatsangehörigkeit von Hamburg besaßen, also logischen Ausländer waren.

Demnach wurde ich mit allerlei Hangeln und Verhörungen bedacht, schließlich sogar mit Todesstrafe bedroht, worauf dann ein etwas angestrichelter Kamerad polizeiliche Hilfe anrief. Am weiteren Verlaufe hellten dann meine drei Verdenagungen Strafzettel an, die verhängte darauf; auf Witten des Kommissars, der den Willen eines Dolmetschers des Holzarbeiterverbandes befehlerte, habe ich mich sogar bemüht, daß die Anträge zurückgenommen wurden, allerdings gegen das Versprechen, in uns in Ruhe zu lassen und anfänglich die Beträge einzubehalten. Das Versprechen wurde uns auch im Sommer des Jahres 9. in dem Augenblicke, als der Gegenstand des damaligen Verordnungs vom Holzarbeiterverbande gegeben. Wie es gehalten wird, erschien Sie ja aus meiner Mitteilung. Die ehrenwerten Genossen haben uns einfach verurteilt, denn so wie es mich recht geht es den drei einmündig.

Bemerken will ich noch das, was ich nicht, gerichtlich gegen meine Kollegen bei B. vorgegangen. Ich erlaube die Polizeibehörde in Altona, die Briefchen der betreffenden festzuhalten. Zu meinem Erhalten lebte diese es aber ab mit der Begründung, daß mich in keinem Verzeichnis der Gesellschaft hätte, ich also auch keinen Grund zur Klage hätte. Infolge des Befehles ist es mir unmöglich, irgend etwas gegen die betreffenden zu unternehmen, denn persönlich finde sie mir unbekannt. Bemerken möchte ich auch noch, daß es doch wirklich traurig ist, wenn ein Chef sich von

seinem Personal beratige Vorrichtungen machen läßt, wie es in diesem Falle geschehen ist, das heißt, daß nicht die Leiter der „Genossen“ unterliegen. Zudem ist mir für die Wahrheit des Gesagten verbürgt, zeichne ich mit Zustimmung erhebt.

Schließliche Mitteilungen sind auch uns in den letzten Jahren reichlich gemacht worden. Finden die bürgerlichen Parteien trotzdem noch immer nicht den Mut, ein Geheg durchzuführen, das diesem unheilvollen und rohen Terrorismus in wirksamer Weise begegnet?

Matenplage auf den Marianen. Die auf den Marianen herabziehende und von den dortigen Kolonisten schon empfundene Matenplage, welche außer dem großen Schaden für die Bevölkerung der Inseln in Höhe von 5 Mio. für ein getötetes Tier den Eingeborenen seiner Zeit bewilligt hat. Die im Etat pro 1907 für den Matenvernichtungssatz noch vorgesehene Summe von 3000 Mark kann daher als fünfzig neugestalt angesehen werden.

Ungland.

Weseler beim Kaiser.

Der Kaiser empfing den ungarischen Ministerpräsidenten Weseler Sonnabend vormittig in einer dreiviertelstündigen Audienz.

Eine spätere Meldung aus Wien, 26. Januar, besagt: Der ungarische Ministerpräsident Weseler hat heute eine längere Audienz beim Kaiser und eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Beck und dem Minister des Auswärtigen Freiherrn v. Aehrenthal. Seine Audienz nach Budapest erfolgt abends.

Atten.

Attenisch-griechische Verbündung. Eine offizielle Mitteilung aus Athen bestätigt nunmehr, daß der hellenische Regierung amtlich mitgeteilt worden ist, der König Viktor Emanuel werde im Frühjahr in Athen einzufragen, um dem Könige Georg den Besuch zu erwirken, den dieser ihm im vergangenen November abstatte. Der König von Atten wird in den ersten Tagen des Monats April auf dem Bergesfahrer „Tetrarcho“ die Fahrt nach dem Königreich antreten und von einem Geschwader von mehreren anderen Schiffen begleitet sein. Am Athener Königsschloß beginnt man schon jetzt mit den Vorbereitungen zum Empfang des italienischen Monarchen.

Frankreich.

Im Ministerate.

teiste der Minister des Auswärtigen, Bismar, mit die Antworten der Signaturmächte der Agenciers-Akte auf die französisch-spanische Note wegen der Organisation der Polizei in Maroffo und der Zurückweisung des Gesandten hätten durchaus befriedigend geteilt. Die Italiener einmütig die Haltung Frankreichs und Spaniens gutgeheißen.

Schweden.

Generalinspektor der marokkanischen Polizei. Der Bundesrat beschloß, den Generalinspektor der marokkanischen Polizei und Inspektor der Kavallerie, Armin Müller, für den Posten eines Generalinspektors der marokkanischen Polizei vorzuschlagen. Oberst Müller ist ein Wetter des Bundespräsidenten.

Bermittlichtes.

Große Brandkatastrophe. Die Heibelberger Portlandzementwerke Heibelberg-Mannheim-Altensteingroßwerk in Leimen bei Heibelberg, eine der größten Zementfabriken Deutschlands, sieht, wie uns aus Heibelberg unterm 26. er. gemeldet wird, in Flammen. Der Brand ist in einem Augenblicke ausgebrochen. Die Feuerwehren von Heibelberg und Umgebung sind nach der Brandstätte abgerückt. Der Brand nimmt riesige Dimensionen an.

Verdrängung. Auf dem von der Plaka am 10. d. M. in Hamburg eingetroffenen Dampfer „Sputnik“ sind Maten gefunden worden, die verdächtig sind, mit Blei beschaffen zu sein. Das Schiff wird einer Ausladung unterzogen. Alle Vorkehrungen sind getroffen. Menschen sind nicht erkrankt.

Zur Treibe der Eisenbahn eingetretener. Dem „L.A.“ wird aus Karlsruhe berichtet: Der zu Beginn der Frostperiode aus der Heimkehrende Pfälzerstädter „Schwabe“ trennt in dem sächsischen Ortsteil von der Stadt von Weidenau bei der Eisenbahn auf dem Strahlweg. Während der Nacht, in der die Eisenbahn in dem Schmettrischen noch unbeeinträchtigt blieb, bildete sich bei dem starken Froste auf dem Straßenbahn schon viel Eis, das nicht den Fahrgästen umlagerte. Es dann am nächsten Vormittag der Schleppepumper „Reiter“ dem Fahrer zu Hilfe kam, nur dieser bereits so im Gange gefahren und die Eisenbahn wieder in den Stand zu bringen. Der „Reiter“ hatte einen Bruch der Schleppepumpen herbeigeführt. Dem „Reiter“ reichte man dann ein Boot aus, um die Befahrung von dem Fahrgast zu bergen. Dieses Boot wurde aber derart von der Eisströmung und dem Treibeis bedrängt, daß es in höchste Gefahr lag, in die offene See zu vertrieben. Die Befahrung des Bootes war schließlich froh, als die „Reiter“ wieder erreichte. Man ließ auf dem Schleppepumper ein, daß in nicht zu machen, und der Dampfer mußte sich auch jetzt wieder mit Eintritt der Ebbe selbst in Sicherheit bringen, um nicht mit dem Ablauf des Wassers zu stranden. Der Führer des „Reiter“ rief deshalb der Fahrgast: „Mannschaft auf, noch einen Tag auszuhalten. Am nächsten Tage wird der Fluß wieder ein tieferer sein. Dieser nun folgende Tag, an dem der Fahrgast allein und verlassen in dem ihm immer tiefer und höher aufsteigenden Eise lag, war für die Mannschaft ein Schredensstag. Der Strahl verriet allmählich über und über und das Treibeis drängte und drängte gegen die Pfosten des Schiffes, daß es in allen Fugen frachtete und hobte dazu die bittere Kälte. Da nahe endlich am anderen Tage mit der Flut der „Reiter“ wieder, der von dem einem abgerundeten Eisberg gefahren wurde, nur noch die Pfosten empfangen lag. Mitglücken wurde wieder froh, als die „Reiter“ wieder erreichte. Die Mannschaften des Schiffes. Heber das Eis hinderte ratheten sie sich und mit ihnen auch treue Schiffsbote auf den „Reiter“, der dann mit den Vereiterten nach Karlsruhe fuhr und sie dort landete.

Dvier der Räte. Auf dem Mannheimer See in Rommen e- tor in 64 Jahre alter Fischer beim Walfische. Bei dieser und seiner jüngeren Brüder, der unter einer Walfischsammlung ebenfalls ein Glas Werga zubereit getrunken hat, und infolge dessen unterwegs einfiel. Heberhaupt sind in ganz Rommen bisher vier Menschen erkrankt. Nach den bisherigen Zusammenstellungen sind in Ostpreußen 9, in Westpreußen 5, in der Provinz Posen 8 Menschen erkrankt, meistens Arbeiter auf trecken Feld, aber auf der Gegend, in der Provinz Schlesien sind 13 Menschen in der Räte umgekommen.

Eine merkwürdige Zwittergeschlechte hat sich am Statthalter in Poldia abgepiegelt. Am letzten Sonnabend sollte in der „Frau von Messina“ die Schauspielerin Siede Ruffland vom Theater Statthalter eine Gastrolle auf Bestellung geben. Sie kam und spielte — wie unter aller Art, obwohl für ein solches guter Mut vornehmlich. Als die ganz verblüffte Richtung sich nun etwas eingehender mit der Personifikation der „Künstlerin“ beschäftigte, machte sie die seltsame Entdeckung, dass man ihre in solchen Gestalt untergegangene hatte. Gibt es nun kein

